



## **Flurreglement**

vom 10. Dezember 2008

# FLURREGLEMENT

Die Einwohnergemeinde Bellach

gestützt auf das kantonale Landwirtschaftsgesetz vom 4. Dezember 1994, die Verordnung über die Bodenverbesserungen in der Landwirtschaft vom 24. August 2004, das kantonale Planungs- und Baugesetz vom 3. Dezember 1978 und die kantonale Verordnung über den Natur- und Heimatschutz vom 14. November 1980

## beschliesst:

### I. Allgemeine Bestimmungen

- Zweck und Geltungsreich* §1 Dieses Reglement regelt die Benützung, den Unterhalt und die Erneuerung sämtlicher der landwirtschaftlichen Nutzung dienenden und der Einwohnergemeinde Bellach gehörenden Fluranlagen, d.h.:
- a) der Wege und Brücken (Flurwegnetz)
  - b) der Entwässerungsanlagen im Gemeindegebiet (alles)
  - c) der Hecken und Biotope unter Berücksichtigung allfälliger Vereinbarungen gemäss Kant. Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft, soweit nicht eine Flurgenossenschaft dafür zuständig ist.
- Allg. Pflichten*
- a) *Benützung* §2 Zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit haben die Bewirtschafter die Fluranlagen sorgfältig zu benützen.
- b) *Orientierung* §3 Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die Bewirtschafter ihres Landes auf die Vorschriften dieses Reglementes aufmerksam zu machen.
- c) *Ersatzvornahme* §4 Kommen die Pflichtigen den in diesem Reglement aufgeführten Bestimmungen nicht nach, trifft die Einwohnergemeinde Bellach auf Kosten der Säumigen nach erfolgloser Mahnung die erforderlichen Massnahmen.

### II. Organe und Zuständigkeiten

- Gemeinderat* §5 Der Gemeinderat hat die Oberaufsicht über die in § 1 genannten Fluranlagen.
- Bauverwaltung bzw. Bau- und Umweltkommission* §6 <sup>1</sup>Die Bauverwaltung bzw. die Bau- und Umweltkommission behandelt in erster Instanz alle die Fluranlagen betreffenden Geschäfte.
- <sup>2</sup>Diese erteilen Aufträge im Rahmen ihrer Finanzkompetenz. Alle übrigen Geschäfte leitet sie mit Bericht und Antrag zur Beschlussfassung an den Gemeinderat weiter.
- Personal Gemeindewerkhof* §7 Die zuständige Person vom Gemeindewerkhof kontrolliert regelmässig alle Fluranlagen und erstattet dem Bauverwalter Bericht. Die Obliegenheiten sind in einem Pflichtenheft festgelegt.

*Zutrittsrecht* §8 Die zuständigen Organe haben zur Ausübung der Kontrollen und zur Vornahme der erforderlichen Reparatur- und Unterhaltsarbeiten jederzeit das Recht auf Zutritt. Dem Bewirtschafter, bzw. dem Eigentümer ist von der Ausübung dieses Rechtes rechtzeitig Mitteilung zu machen.

*Kontrolle durch den Kanton* §9 Das Amt für Landwirtschaft überwacht den sachgemässen Unterhalt der Anlagen. Bei grösseren baulichen Massnahmen ist das Amt für Landwirtschaft zu orientieren.

### **III. Weganlagen und Vermarkungen**

#### **A. Aufgaben der Gemeinde**

*Unterhalt und Neuanlagen* §10 <sup>1</sup>Ordentlicher Unterhalt sowie die Erstellung von neuen Anlagen sind Sache der Gemeinde. Diese kann für neue Anlagen Beiträge gemäss §§ 31 und 32 erheben.

<sup>2</sup>Für die aus den Unterhaltsarbeiten resultierenden Nachteile und Beeinträchtigungen besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

*Kontrolle der Wege* §11 Die zuständige Person vom Gemeindewerkhof hat die Wege regelmässig auf ihre Sauberkeit, den Zustand und die ordnungsgemässe Entwässerung zu prüfen. Verschleisschichten sind rechtzeitig mit geeignetem Material zu erneuern. Strassenschächte sind stets frei zu halten und periodisch zu reinigen.

*Schneeräumung auf Bewirtschaftungswegen* §12 Zum Schutze des Strassenkoffers vor Frost ist das Salzen und die Schneeräumung zu unterlassen. Ausgenommen sind die Zufahrten zu ganzjährig bewohnten Liegenschaften.

#### **B. Pflichten der Bewirtschafter und Grundeigentümer**

*Schutz und Sauberhaltung* §13 <sup>1</sup>Flurwege dürfen bei der Bewirtschaftung der Felder nicht beschädigt und nicht als Wendeplatz benützt werden. Entlang der Wege ist nach Möglichkeit ein Anhaup zu pflügen.

<sup>2</sup>Wege und Schächte, die bei Feldarbeiten mit Erde, Mist, etc. verschmutzt werden, sind jeden Tag durch den Verursacher zu reinigen.

*Schutz der Wegbankette* §14 <sup>1</sup>Wegbankette müssen ausreichend bewachsen sein, dürfen nicht gedüngt und nicht mit Pflanzenbehandlungsmitteln abgespritzt werden. Sie müssen in zweckdienlicher Art gepflegt werden. Im Abstand von 50 cm zur Wegvermarkung dürfen sie weder umgepflügt, noch sonstwie beschädigt werden (vgl. § 51 Kant. Bauverordnung).

<sup>2</sup>Die Wegbankette sind durch die Bewirtschafter zu mähen.

*Grenzzeichen* §15 Grenzzeichen müssen dauernd sichtbar gehalten werden. Sie dürfen weder in der Lage verändert, noch beschädigt werden.

*Äste* §16 <sup>1</sup>Äste von Hecken und Bäumen, die über die Grenze von öffentlichen Wegen hinausragen, sind vom Eigentümer oder Bewirtschafter bis auf eine Höhe von 4,20 m über dem Terrain sachgemäss zurückzuschneiden.

<sup>2</sup>Der Eigentümer hat keinen Anspruch auf Entschädigung.

- Zäune* §17 Ausserhalb der Bauzone dürfen Zäune höchstens bis 50 cm zur Vermarkung erstellt werden (vgl. § 49 Kant. Bauverordnung).
- Gesteigerter Gemeingebrauch* §18 Für aussergewöhnliche Inanspruchnahme der Wege und Brücken, wie beispielsweise durch Holzschlag, Transporte von Holz, Baumaterialien, usw., kann die Gemeinde entsprechende Entschädigung für vermehrten Unterhalt oder vermehrte Reinigung fordern.
- Wasserabfluss* §19 Die Bewirtschafter sorgen für einen ungehinderten Wasserabfluss von der Wegoberfläche.

#### **IV. Entwässerungen**

##### **A. Aufgaben der Gemeinde**

- Kontrolle* §20 Die zuständige Person vom Gemeindewerkhof hat die Entwässerungsanlagen gemäss Pflichtenheft periodisch zu kontrollieren.
- Unterhalt* §21 Reinigung und Unterhalt der Haupt-, Sammel- und Saugerleitungen mit den zugehörigen Schächten übernimmt die Gemeinde. Mangelhaft schliessende Schachtdeckel werden instand gestellt, beschädigte ersetzt.
- Neue Anlagen* §22 <sup>1</sup>Die Wiederherstellung von Entwässerungsanlagen und die Erstellung von neuen Anlagen ist Sache der Gemeinde. Diese kann hierfür Beiträge gemäss §§ 31 und 32 erheben.

<sup>2</sup>Neuerstellte Leitungen sind vor dem Eindecken der zuständigen Person vom Gemeindewerkhof zur Abnahme zu melden sowie einzumessen und in den Ausführungsplänen nachzutragen.

##### **B. Pflichten der Bewirtschafter und Grundeigentümer**

- Meldepflicht* §23 Die Bewirtschafter haben jeden bemerkten Schaden an Schächten, Ausmündungen von Leitungen oder an anderen Teilen von Entwässerungsanlagen in ihren Grundstücken der zuständigen Person vom Gemeindewerkhof und dem Grundeigentümer zu melden.
- Schächte* §24 Schächte müssen jederzeit zugänglich sein. Sie dürfen weder tiefer gesetzt noch überdeckt werden.
- Bäume* §25 Im Bereich von Entwässerungsanlagen dürfen keine Bäume und Sträucher angepflanzt werden, die für die Leitungen nachteilige Folgen haben.

#### **V. Bäume und Hecken**

- Neupflanzung* §26 <sup>1</sup>Für Neupflanzung von Bäumen ist ein Abstand von 3 m zur Grundstücksgrenze oder öffentlicher Strasse, für Sträucher ein solcher von 2 m einzuhalten (EG zum ZGB).
- Schutz* <sup>2</sup>Feldgehölze, Hecken, Bachufer und Waldränder dürfen nicht beweidet werden und sind beim Weidgang so abzuhagen, dass die Böschung, die Sträucher und Bäume nicht beschädigt werden.

## VI. Bestimmungen über die Haftpflicht

- Haftung der Gemeinde* §27 <sup>1</sup>Für Schäden, die infolge mangelhaften Baues, Unterhaltes oder Betriebes der Fluranlagen entstehen, haftet die Gemeinde als Werk-eigentümer.
- <sup>2</sup>Die Gemeinde haftet indessen nicht für durch höhere Gewalt verursachte Schäden an oder auf privatem Eigentum.
- Haftung des Verursachers* §28 <sup>1</sup>Für Schäden an Fluranlagen haftet der Verursacher nach den Regeln des Zivilrechtes.
- <sup>2</sup>Für Schäden, verursacht durch schädliche Abwässer, haftet der Verursacher nach den eidgenössischen Gewässerschutzbestimmungen.

## VII. Erstellung von neuen Fluranlagen

- Neuanlagen*
- a) Begriff* §29 <sup>1</sup>Unter Leitungsbau fallen das vollständige Erneuern oder Verlegen von bestehenden Haupt-, Sammel- und Saugerleitungen sowie der Bau von neuen Haupt-, Sammel- und Saugerleitungen.
- <sup>2</sup>Unter Wegebau fallen das vollständige Erneuern, der Einbau von Hartbelägen, die Verbreiterung und das Verlegen von bestehenden Wegen und Brücken sowie die Erstellung von neuen Wegen.
- b) Verfahren* §30 <sup>1</sup>Für Planung und Bau von neuen Fluranlagen gelten die Vorschriften der Baugesetzgebung.
- <sup>2</sup>Für neue Einleitungen in einen Vorfluter bedarf es der Bewilligung des kantonalen Amtes für Umwelt.
- Erhebung von Beiträgen*
- a) für Anlagen innerhalb der Bauzone* §31 Für den Leitungs- und Wegebau innerhalb der Bauzone werden Beiträge nach Massgabe der kommunalen Bau- und Erschliessungsvorschriften erhoben oder, wo solche fehlen, sinngemäss nach § 32.
- b) für Anlagen ausserhalb der Bauzone* §32 Ausserhalb der Bauzone erhebt die Gemeinde für den Leitungs- und Wegebau folgende Beiträge:
- |  |      |
|--|------|
| a) Flurwege                                  |      |
| - Bewirtschaftungswege                       | 50 % |
| - Hauptwege                                  | 40 % |
| b) Haupt- und Sammelleitungen sowie Schächte | 50 % |
| c) Saugerleitungen                           | 70 % |
- c) Festsetzung der Beiträge und Verfahren* §33 <sup>1</sup>Für die Festsetzung der Beiträge und das Beitragsverfahren gelten sinngemäss die Bestimmungen des kantonalen Planungs- und Baugesetzes und der kantonalen Verordnung über Grundeigentümerbeiträge und -gebühren.
- Erhebung von Gebühren* §34 Die Erhebung von Anschluss- und Nutzungsgebühren richtet sich nach den kommunalen Bau- und Erschliessungsvorschriften, wobei im Einzelfall auf die tatsächlichen Verhältnisse abzustellen ist.

### **VIII. Vollstreckung und Bestrafung**

- Vollstreckung* §35 Die Vollstreckung richtet sich grundsätzlich nach dem Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 15. November 1970.
- Einstellung der Bauarbeiten* §36 Werden bauliche Anlagen ohne Bewilligung oder nicht entsprechend den genehmigten Plänen ausgeführt, so sind die Bauarbeiten auf Verfügung der Bau- und Umweltkommission einzustellen.
- Bestrafung* §37 <sup>1</sup>Die Bestrafung für Verletzungen der Bauvorschriften und der gestützt darauf erlassenen Einzelverfügungen richtet sich nach dem kantonalen Planungs- und Baugesetz.
- <sup>2</sup>Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften dieses Reglementes werden mit Busse durch den Friedensrichter bestraft.

### **IX. Übergangs- und Schlussbestimmungen**

- Rechtsschutz* §38 <sup>1</sup>Bei Streitigkeiten über die Anwendung und Auslegung dieses Reglementes entscheidet der Gemeinderat auf Antrag der Bau- und Umweltkommission.
- <sup>2</sup>Gegen Entscheide des Gemeinderates in meliorationstechnischen Belangen kann beim Regierungsrat und in baurechtlichen Belangen beim Bau- und Justizdepartement innert 10 Tagen Beschwerde erhoben werden.
- <sup>3</sup>Bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten kann gegen den Entscheid des Gemeinderates Beschwerde bei der kantonalen Schätzungskommission erhoben werden.
- Aufhebung bisherigen Rechts* §39 Mit dem Inkrafttreten dieses Reglementes werden alle ihm zuwiderlaufenden Bestimmungen früherer Reglemente aufgehoben.
- Inkrafttreten* §40 Dieses Reglement tritt nach der Genehmigung durch das Volkswirtschaftsdepartement rückwirkend auf das Datum des Beschlusses der Gemeindeversammlung, in Kraft.

Gemeindeversammlung beschlossen am: 10. Dezember 2008

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Anton Probst

Jürg Marti

Genehmigt durch das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Solothurn mit Verfügung

Vom 7. Januar 2009.